

Herrn

das [REDACTED] als zuständige Fahrerlaubnisbehörde erlässt in Ihrer Fahrerlaubnisangelegenheit folgenden

**Entscheidung:**

Die Entscheidung der Gutachtensanordnung einschließlich der Gebührenfestsetzung wird hiermit zurückgenommen.

Gründe:

haben wir eine Anordnung zur Vorlage eines medizinisch-psychologischen Gutachtens zur Überprüfung Ihrer Krafftfahreignung gemäß § 13 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a 2 Alt und Buchstabe d Fahrerlaubnisverordnung veranlasst. Mit Schreiber [REDACTED] legte Ihre anwaltliche Vertretung eine Stellungnahme vor. Nach erneuter Überprüfung der Aktenlage, unter Berücksichtigung der Stellungnahme samt vorgelegten Unterlagen vom [REDACTED], wird die Entscheidung von [REDACTED] zur Vorlage eines medizinisch-psychologischen Gutachtens zurückgenommen.

Die Gründe für die Anordnung des Fahreignungsgutachtens sind somit entfallen. Die Anordnung zur Vorlage des Fahreignungsgutachtens sowie die damit verbundene Gebührenfestsetzung werden daher gem. § 48 Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG) zurückgenommen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der [REDACTED] erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]